



Kohlenhalde in Ibbenbüren: Schwer entflammbar

KOHLE

In die Nordsee

Im westfälischen Ibbenbüren sind 5000 Arbeitsplätze in Gefahr. Einer unrentablen Zeche droht die Schließung, und ein nicht minder überflüssiges Kraftwerk bringt die Kohle in Verruf.

Die beiden Kumpel haben vermutlich auch keine Ahnung, ob es Sisyphus wirklich gegeben hat, aber was sie machen, ist genauso vergeblich. Der eine baggert jede Menge Kohle mit dem Radlader nach oben, der andere verteilt sie mit einer Raupe gleichmäßig über den Hügel, Schicht für Schicht.

Die Kohle aus mehr als 1400 Metern Tiefe, aus launischen, unregelmäßigen Flözen gehobelt, wird über Tage mit viel Mühe zu künstlichen Bergkegeln und -kuppen aufgeschüttet. Selbst die ältesten Püttologen in Ibbenbüren haben vorher noch nie drei Millionen Tonnen auf Halde gesehen.

Wehmütig steht der Technische Direktor der Preussag AG Kohle, der das

Bergwerk gehört, vor dem Gebirge. „Ein Teil“, sagt Gerhard Ackmann, „ist schon 1981 gefördert worden.“ Da war er gerade anderthalb Jahre bei der Firma.

Seit auf der Preussag-Zeche in Ibbenbüren nahe Münster nur noch die Halben Bestand haben, geht wieder die Angst um. Knallgelbe Flugblätter warnen an allen Ecken: „Eine Stilllegung droht.“ Auch in den feineren Geschäften hängen Protest-Poster im Fenster. Wenn auf dem Pütt am Schafberg endgültig Feierabend ist, sind 5000 Arbeitsplätze in der 44 000 Einwohner zählenden Stadt verloren.

Nicht aufrührerisch wie im vorigen Jahr bei den Stahlkochern von Rheinhausen, sondern trotzig gedämpft geht es zu. Wer in der Gaststätte Kolpinghaus oder bei Leugermann einkehrt, wo sich die Bergleute im März beim Bonner Staatsminister im Kanzleramt, Lutz Stavenhagen (CDU), abgeliefert.

Sorgfältig werden in Ibbenbüren alarmierende Meldungen aus dem fernen Ruhr-Revier registriert – fast 30 000 Ar-

beitsplätze sind dort seit 1983 abgebaut worden. Nun droht wieder eine Serie von Zechenstilllegungen, weitere 30 000 Stellen sollen bis 1995 in den westdeutschen Pütts gestrichen werden – Ibbenbüren steht oben an.

Einer von draußen hat die Bergleute in Angst und Schrecken versetzt. „Ibbenbüren gehört zu den teuersten deutschen Zechen; ihre Kohle hat zudem Qualitätsnachteile“, teilte der freidemokratische Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann dem Bischof von Münster, Reinhard Lettmann, mit. Der Minister, erklärter Förderer des Mittelstandes, kann sich nur schwer vorstellen, daß die Grube noch eine Zukunft hat.

Bund und Land geben zwar Wettbewerbshilfen gegen Heizöl und Zuschüsse für Verstromungsreserven und Investitionen. Doch als Regierung und Elektrizitätswirtschaft Anfang Februar über die künftige Kohlefinanzierung verhandelten, standen plötzlich Millionen-Beträge auf der Kippe: Sie wollten den „Zuschuß für Verstromung niederflüchtiger Kohle“ und den „Revierausgleich“ streichen – das trifft akkurat Ibbenbüren mit 75 Millionen Mark im Jahr. „Dann“, prophezeite Hans-Günther Stalp vom Preussag-Vorstand in Hannover, „ist die Zeche nicht zu halten.“

Miserere nobis haben sie in den Kirchen gebetet, Erbarme dich unser. Kanzler Helmut Kohls Staatsminister Stavenhagen besänftigte im März eine Abordnung der Bergleute, gestrichen werde erst mal nichts.

In der vergangenen Woche kam es zum Kohlestreit in der Bonner Koalition. Der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein, distanzierte sich von der Sparpolitik Haussmanns und bescheinigte dem Minister „mangelndes handwerkliches Geschick“ im Umgang mit den Stromversorgungsunternehmen.

Ibbenbüren ist eine von noch 25 verbliebenen Zechen in Nordrhein-Westfalen. Kein anderes Bergwerk zeigt so augenfällig, daß sich die Parteien nur noch durchwursteln.

Betriebswirtschaftlich gesehen ist die Förderung der Ibbenbürener Kohle nämlich reiner Humbug. Das Heizmaterial aus den Tiefen des Schafberges eignet sich zwar bestens für den heimischen Herd. Es ist asche- und schwefelarm und glimmt tüchtig. Als Anfang der siebziger Jahre die Schließung der Zeche drohte, drängten Bund und Land die Zechenherren, 600 Meter unter der alten Abbauzone neue Felder zu erschließen, eine Milliarden-Investition.

Doch Hausbrand ist immer weniger gefragt. Da helfen auch die „Preussag-Anthramatic-Öfen“, vollautomatische Kohleheizungen, wenig, die den meisten als veraltet erscheinen. Nicht einmal alle Bergleute verfeuern die sechs Tonnen Kohle, die sie als Deputat erhalten.

Um den Kohleabsatz dennoch zu garantieren, wurde, wieder auf Druck der

Politik, ein Kraftwerk gebaut – ein beachtlicher Schildbürgerstreich. Denn der magere Brennstoff aus Ibbenbüren ist schwer entflammbar, keine Kraftwerkskohle jedenfalls.

Seit 1985 ragt am Schaffberg der 770-Megawatt-Block in den Himmel und erfüllt alle Superlative: Er ist der größte und modernste der Welt, 1,6 Milliarden Mark teuer.

Doch so überflüssig wie die Kohle ist auch der Strom aus Ibbenbüren. Das Essener Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) hält den Meiler für verzichtbar, und das will was heißen. Vorstandsmitglied Günther Klätte fände es jedenfalls sinnvoller, „die Kohle in die Nordsee zu schütten“.

Weniger problembewußt sind die Essener Unternehmer, wenn es um die Überkapazitäten der Atommeiler geht. Da gibt es im rheinland-pfälzischen



Kohle-Freund Rau*
„Fortschritt im Umweltschutz“

Mülheim-Kärlich und anderswo sündhaft teure Fehlinvestitionen zu besichtigen – das hat sie nie gestört.

Auf Ibbenbüren kommt es da auch nicht mehr an. Die Strommanager konnten nicht widerstehen, als die Politiker aller Parteien so inständig baten und, mit Hunderten von Millionen Mark aus Bund und Land, den Bau subventionierten: „Wir wollten uns“, sagt Klätte, „nicht den Vorwurf einhandeln, da sitzen die mächtigen Kerle in Essen und kümmern sich um die Steinkohle überhaupt nicht.“

Dafür müssen sich Politiker und Bürgerinitiativen jetzt um die Umwelt kümmern. Denn das Ibbenbürener Kraftwerk vergiftet das Klima. Mit 1600 Grad Celsius, 800 Grad mehr als bei der Wirbelschichtfeuerung, wird die nieder-

flüchtige Kohle verbrannt – wegen der Hüllenglut entwickeln sich monströs viele schädliche Stickoxide (NO_x), die zu den Hauptverursachern des Waldsterbens zählen.

Rund 34 000 Tonnen Stickoxide hat das Kraftwerk Ibbenbüren seit 1986 in die Luft gepustet, und dabei ist es noch auf Sparflamme gefahren. Den „größten Stinker der Republik“ hat es der Düsseldorfer Sozialdemokrat Hans Otto Bäumer 1985 getauft; das hat seinen SPD-Regierungschef Johannes Rau arg getroffen. Der Name hängt dem Meiler mit dem tiefsten Steinkohle-Bergwerk der Welt heute noch an. Und er sorgte dafür, daß Rau an Glaubwürdigkeit verlor.

Ungeschickt war er in seiner Doppelrolle als Ministerpräsident und Kanzlerkandidat von einem Fehler in den anderen gestolpert. Obwohl es keine Entstükkungsanlage für den Meiler gab, weihte Rau im November 1985 das Kraftwerk ein und pries es als „praktischen Fortschritt im Umweltschutz“.

Schizophrener ließ sich Umweltpolitik kaum darstellen: Um die Stickoxide aus den Autoabgasen zu reduzieren, verlangten die Sozialdemokraten Tempo 100, gleichzeitig verteidigten sie die westfälische Dreckschleuder. Mit Beschwichtigungen versuchte Rau das Debakel zu vertuschen: „Zugegeben“, sagte er, „die NO_x -Emissionen sind noch zu hoch.“ Mit 2000 Milligramm pro Kubikmeter Abluft lieferte das Kraftwerk kurz nach dem Start den deutschen Dreckrekord bei Stickoxid-Emissionen.

In Ibbenbüren immerhin wurde Rau als Held der Arbeit gefeiert. Die Stadt am Rande Nordrhein-Westfalens, im nordwestlichen Teutoburger Wald gelegen, ist alles andere als ein typischer Püttort. Keine hageren Häuser aus berußtem Rohziegelwerk wie im Revier, sondern zierlich herausgeputzte Ziegelhäuser in

einer Landschaft, die zum Spaziergehen und Abschalten lockt.

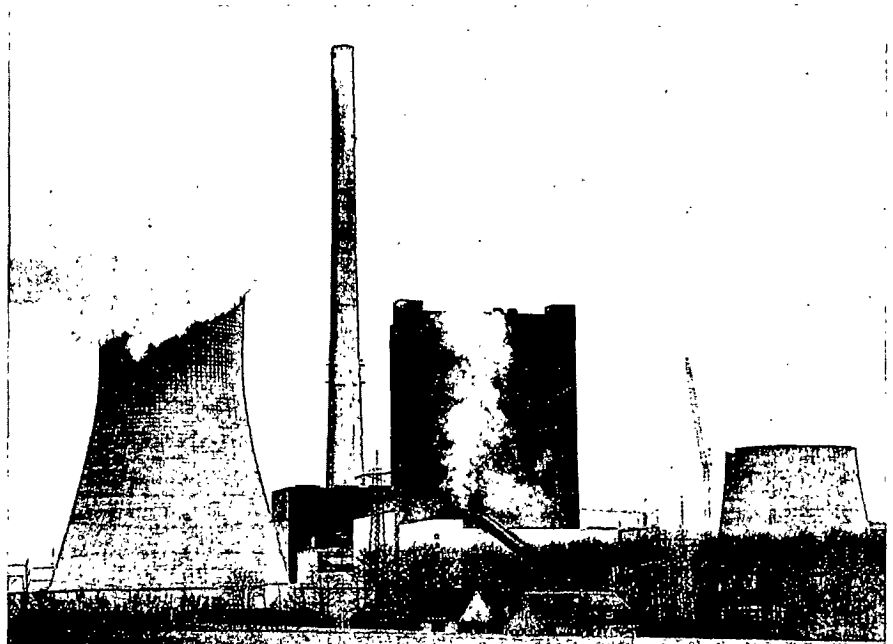
Eine betuliche Gegend, der Pütt ist noch nicht in die Hand des Propheten gefallen, kaum ein Ausländer findet sich unter der Belegschaft. Früher hatten die Püttmänner noch ein paar Kühe und Schweine im Stall, vier von fünf volljährigen Preussag-Beschäftigten haben ein eigenes Haus. Allenfalls noch in der Revier-Stadt Herten und im Kreis Recklinghausen hat der Bergbau solche Bedeutung.

Ein katholischer Sprengel, in dem der Katholische Arbeiter-Bund und der Kollping-Verein erste Adressen sind. Die Sozialdemokraten regieren in Ibbenbüren erst seit der letzten Wahl, selbst SPD-Bürgermeister Heinrich Unland hat sich „lange überlegt“, ob er nicht besser zu den Schwarzen paßt.

Könnte gut sein. Nicht nach Karl Marx, sondern nach einem kollektiven Schrittmaß geht es in Ibbenbüren zu. Es ist „unpopulär“, sagt der Kulturdezernent, „gegen den Bergbau zu sein. Leute, die stänkern, bleiben vorsorglich anonym“. Auch die Grünen am Ort sind still.

Die Reihen gegen die Meckerer da draußen stehen fest. „Wir brauchen den großen Stinker“, schrieb ein Zeitungsleser, „wie aber steht es mit den kleinen Stänkerern?“ Angereiste Demonstranten der Umweltorganisationen Robin Wood und Greenpeace nannte der Betriebsratsvorsitzende Josef Robbe „Spinner, ganz gelinde ausgedrückt“. Einem Kraftwerkskritiker im nahen Münster empfahl der Betriebsrat: „Konsequenterweise sollten Sie dann auf die Nutzung von Elektrizität überhaupt verzichten.“

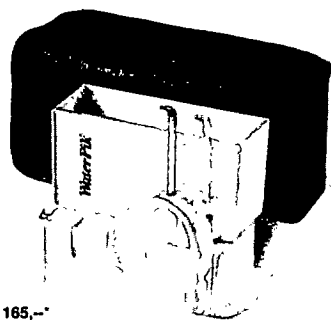
Das Lokalblatt, die „Ibbenbürener Volkszeitung“, mochte da nicht abseits



Kohlekraftwerk Ibbenbüren: „Größter Stinker der Republik“

* Am 29. November 1985 bei der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Ibbenbüren.

Water Pik® Reise-Munddusche



DM 165,-*
Im eleganten Reiseetui.
Im exklusiven Echt-Leder-Etui DM 208,-*
* Unverbindliche Preisempfehlung

Optimale Mundhygiene auch für unterwegs.

Für alle, die auf Reisen und im Urlaub auf die gewohnte Mundhygiene nicht verzichten möchten: **WATER PIK Reise-Munddusche WP-350 E.** Klein, kompakt, handlich. Netzunabhängig und leistungsstark. 2 Jet-Düsen. Wiederaufladbarer Akku mit vollautomatischem Stromspannungsumschalter. Komplett mit elegantem Etui.

Water Pik in allen Apotheken und in Fachgeschäften.
Auch in der Schweiz und Österreich

Teledyne Water Pik, Abraham-Lincoln-Str. 130, 6200 Wiesbaden



HOTEL EDEN
DAS MASS FÜR FIRST-CLASS...

NUR 2 MIN. BIS ZUR „KÖ“...

Selbstverständlich.

Hoteleigenes

Parkhaus.

Tag und Nacht

für Sie geöffnet.

Selbstverständlich.

ADERSSTRASSE 29-31
D-4000 DÜSSELDORF 1

TELEFON (0211) 38 97-0
TELEX 8 582 530

TELEFAX (0211) 3 89 77 77

stehen. Ein im Münsterland verbreiteter Bericht über eine Aktion von Robin Wood vor dem Kraftwerk wurde für die Ibbenbürener Leser ausgetauscht: Sie fanden dort das Photo einer 80 Jahre alten Dampfmaschine.

Zensur auch in der Schule. Schüler des Johannes-Kepler-Gymnasiums hatten bei einem bundesweiten Wettbewerb mit einem Beitrag über die Zusammenhänge von Waldsterben und Schadstoffen den ersten Preis gewonnen. Der damalige Direktor untersagte die Preisverleihung in der Schule mit der Begründung, das sei eine politische Aktion.

„Leben ist nicht immer geradeaus“, sagt der evangelische Pfarrer Reiner Ströver von der Johanneskirche. Der Gottesmann lebt es vor. In der Friedensinitiative war er aktiv, er läßt auf dem Friedhof keine Giftspritze zu, kauft Lebensmittel bei Bio-Land und liest Hoimar von Ditfurth.

Von der Kanzel predigt er über den Schöpfungsauftrag und prangert an: die Luftverschmutzung durch Autoabgase, Hausbrand und Kraftwerke, die Gentechnologie, die Kernkraft.

Für die Bergbau-Gewerkschaft verkörpert er das Idealbild eines Ökopax, aber mit Etiketten ist es manchmal nicht so einfach. An seinem Autoheck pappt über dem Symbol des Regenbogens der gelbe Aufkleber mit dem Förderturm: „Solidarität mit dem Bergmann“. Und in der „Initiative zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei der Preussag AG Kohle Ibbenbüren“ arbeitet er auch mit.

Jedes zweite Mitglied seiner Gemeinde hat jetzt „richtige Existenzängste“. Da mag das Kraftwerk noch so zum Himmel stinken, Pastor Ströver fühlt sich „solidarisch“. Das muß er auch, sonst kämen von den 2248 Gemeindegliedern nicht mal die 80 Stamm-beter.

So viel anders ist das bei den Sozialdemokraten auch nicht. Mit welchen Verrenkungen haben sie das Strom-Monster nicht schon verteidigt und dabei doch die Kohle um den Ruf gebracht. „Ibbenbüren war nie ein normales Kraftwerk“, klagt Raus Umweltminister Klaus Matthiesen, „es ist ein politisches Kraftwerk.“

Verantwortungsbe-wußte Politiker hätten während der jahrelangen Genehmigungs-prozedur einen NO_x-Filter fordern, einen verbindlichen Termin zum Einbau festlegen müssen. Statt dessen wurde getrickst: Der Kraftwerksneubau wurde als Altanlage



Ibbenbürener Pfarrer Ströver
Existenzängste gepredigt

eingestuft, strenge Umweltschutzvorschriften konnten so umgangen werden. Als Neuanlage hätte der Meiler gar nicht ans Netz gedurft.

Der Düsseldorfer SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann hatte als erster das famose Argument auf der Hand, bei der Genehmigung des Kraftwerks 1980 seien die schädlichen Eigenschaften der Stickoxide noch nicht bekannt gewesen. Doch die Literatur füllte damals schon Bände, selbst im „Sozialdemokrat-Magazin“ stand 1976 Hintergründiges.

Als die Politiker über die Schadstoffe dann schließlich Bescheid wußten, hielten sie alles für nicht mehr so gefährlich. Die „monokausale Betrachtungsweise“, Kohlekraftwerke verursachten das Waldsterben, hieß es in einem SPD-Papier, sei „nicht richtig“. Die „Beschäftigung



Ibbenbürener Bürgermeister Unland: Monster verteidigt

mit dem Thema Auto als Umweltverschmutzer“ biete „im allgemeinen und vor dem Hintergrund des Waldsterbens eine außerordentlich nützliche Entlastungsstrategie gegen Angriffe auf die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr“.

Als kein Schönreden mehr half und selbst Sozialdemokraten den NO_x-Stinker mit der Schwefeldioxid-Dreckschleuder im niedersächsischen Buschhaus verglichen, mußte eine andere Krücke her. Rau und seine Minister setzten sich mit den Betreibern an einen Tisch, um eine neue Strategie zurechtzufummeln. „Wir können sagen“, versprach Rau im Dezember 1985, „daß die Entstickungsanlage, die bisher technisch nicht möglich war, Ende 87/88 dasein wird.“

Das war wieder falsch. Rau sei etwas voreilig gewesen, teilte das RWE mit. Neue Anlagen mußten bestellt werden, dem Kraftwerk wurde eine zusätzliche Übergangsfrist eingeräumt. „Für einen Optimierungszeitraum von einem Jahr“ darf die Fabrik nun bis Ende dieses Jahres die dreifache Menge der zulässigen Stickoxide durch den Schornstein jagen – 600 statt 200 Milligramm Stickoxid pro Kubikmeter Luft.

Die „zeitliche Variable“ (Matthiesen) hat die Stinker-Diskussion erneut belebt. Die Experimente im Kraftwerk sind nach Ansicht der CDU ein Beweis für die Unglaubwürdigkeit der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik, ähnlich sieht es die FDP.

Inzwischen hat die Stromfabrik tatsächlich, im Normalbetrieb jedenfalls, mit 200 bis 250 Milligramm fast den untersten NO_x-Grenzwert erreicht, was bei dieser Sorte Kohle eine Leistung ist. Doch die Erfolgsmeldung will nach all dem Gefummel keiner mehr so recht glauben. Matthiesen: „Das geht völlig unter.“

Es ist schon absonderlich und auch ein bißchen konsequent. Der Meiler ist fast sauber, und der Druck auf die Politiker nimmt zu. Ein solches Ende paßt zur Vita der Kohle aus dem Schafberg.

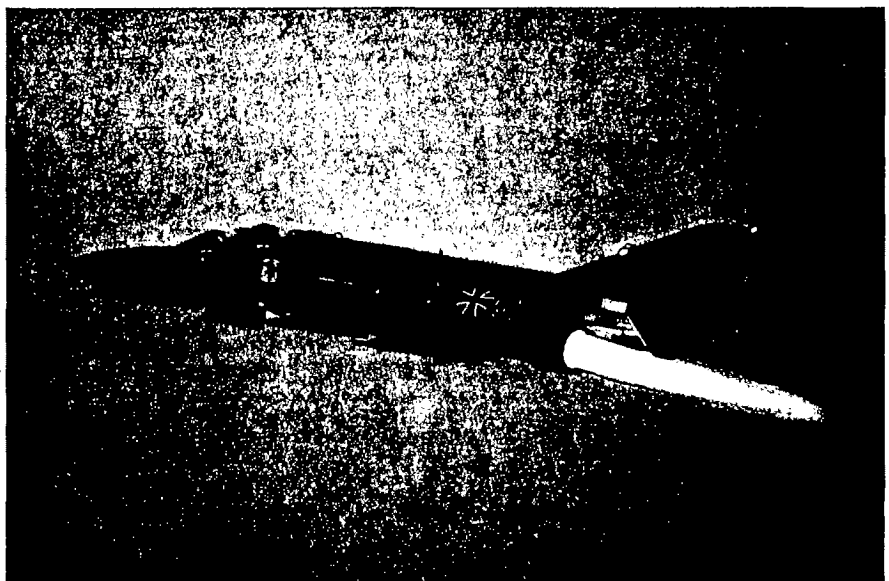
FLUGVERKEHR

Oben ballt sich was

Eine neue Studie belegt: Flugzeuge belasten die Umwelt stärker als bisher angenommen.

Wenn die Militärjets vom Typ F-16 oder „Eagle“ zum Landeanflug auf die Airbase von Ramstein bei Kaiserslautern ansetzten, sprühte es regelmäßig fein vom Himmel. Der Nieselregen, hat ein Forstmann beobachtet, löste während warmer Trockenperioden auch schon mal Brände im Pfälzer Wald aus.

Die Maschinen lassen, zur Verringerung ihres Landegewichts, den Treibstoff des Düsenzeitalters ab: Kerosin, petrochemisch eine Art Heizöl. Dessen süßlich



Militärjet „Phantom“: Abgaswerte unter Verschuß

riechende Schwaden gelten Reisenden, unterwegs zum Tauchurlaub auf die Malediven oder nur zur Konferenz nach Paderborn, als der Duft der großen weiten Welt.

Umweltschützer haben den Sprit dagegen, weniger romantisch, als gefährlichen Schadstoff entdeckt: Ob Kerosin pur von oben träufelt oder in den Jet-Triebwerken zu giftigen Abgasen verwandelt wird – es schädigt den Wald und den Ozonschild der Erde. Der Traum vom Fliegen, fürchten Öko-Experten, wird zum Alptraum.

Auf den Luftstraßen werden Umweltgifte aus den Jets weiträumig befördert. Das belegt eine neue Studie, die der TÜV Rheinland für das Berliner Umweltbundesamt gefertigt hat. Das 136 Seiten starke Papier über „Abgasemissionen aus dem Flugverkehr“ erklärt 14 deutsche Flughäfen zu „Emissionsschwerpunkten“.

Am meisten Dreck wird auf dem Frankfurter Rhein-Main-Airport mit seinen täglich 800 Flugbewegungen produziert (siehe Schaubild). Ein Großraumflugzeug pustet bei Start und Landung, je nach Triebwerksfabrikat, die jährliche Abgasmenge eines Mittelklassewagens in den Himmel. Für sechs unterschiedliche Flughöhen ermittelten die Forscher den Ausstoß von Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxid sowie der Waldkiller Schwefeldioxid und Stickoxid. TÜV-Experte Gerd Weyrauther: „Da oben ballt sich etwas zusammen.“

Zum erstenmal haben Schadstoff-Forscher auch die „militärischen Emissionen“ erfaßt. Die Daten über den Dreck aus „Tornados“, „Phantoms“, F-16 oder Helikoptern galten bisher als Staatsgeheimnis. Nicht ohne Grund: Nach den Berechnungen der TÜV-Gutachter stammt fast die Hälfte der jährlich 88 000 Tonnen Schadstoffe, die von Flugzeugen über der Bundesrepublik produziert werden, aus Militärmaschinen. Insgesamt verbraucht die Fliegerei

